

Zündung illegal eingeführter
Knaller durch den Zoll



BERND SETTMANN / DPA

Hausdurchsuchungen Tonnenweise Böller

Zollfahnder ermitteln gegen rund 1400 Personen, die verbotene Pyrotechnik besessen haben sollen. Bei Hausdurchsuchungen fanden die Beamten laut einem Sprecher Böller und Raketen in großen Mengen, in einem Fall sogar mehr als eine Tonne Knaller. Bei einem 41-Jährigen im Landkreis Göppingen östlich von Stuttgart beschlagnahmten sie fast 2000 Knallkörper, die teilweise so groß wie ein Handball waren. Die Ermitt-

lungen waren durch ein Verfahren gegen einen niederländischen Versandhandel in Gang gekommen. Dessen Kundendatei mit vielen deutschen Namen reichte die niederländische Polizei ans Zollkriminalamt in Köln weiter. Raketen mit mehr als 20 Gramm Explosivstoff und noch größere Feuerwerkskörper, die nur von ausgebildeten Pyrotechnikern abgebrannt werden dürfen, brauchen eine Einfuhrerlaubnis. Wer nicht über eine solche verfügt, kann sich strafbar machen. **aul**

Bafög Weniger Geld für Bildungsförderung

Eigentlich muss die Bundesregierung alle zwei Jahre einen Bericht zur Bafög-Entwicklung vorlegen – so steht es im Bundesausbildungsförderungsgesetz. 2016 gönnte sich die Regierung jedoch eine Pause und verschob den fälligen Report unter Hinweis auf die laufende Bafög-Novelle. Die Jugendorganisation des Deutschen Gewerkschaftsbundes hat das nun zum Anlass für ihren „Alternativen Bafög-Bericht“ genommen. Die Leistungen aus der staatlichen Bildungsförderung für Einkommensschwache seien „seit ihrer Einführung 1971 erheblich

erodiert“, heißt es in der noch unveröffentlichten Studie. Heutige Lebenshaltungskosten für Studenten würden damit nicht mehr abgedeckt: Die Sätze, nach denen sich der Bedarf berechne, lägen „um 6,4 Prozentpunkte unter der Entwicklung der Lebenshaltungskosten seit 1971“. Die Rückgänge trafen insbesondere Kinder aus schwierigen ökonomischen Verhältnissen und förderten damit die soziale Selektivität des deutschen Bildungssystems. Die Autoren kritisieren auch, dass neuere Entwicklungen im Bildungssystem nicht abgedeckt würden. Die bisherigen Altersgrenzen bestünden fort, und Fördermöglichkeiten für Teilzeitstudenten fehlten weiterhin. **him**

Familienministerium

„Ich hasse Ausländer“

Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig (SPD) hat Ärger mit einem Chauffeur, der mit fremdenfeindlichen Sprüchen aufgefallen ist. Der 55-Jährige ist „Chefkraftfahrer“ von Schwesigs Staatssekretär. Laut Gerichtsakten sagte er in einem Streit mit einer bulgarischstämmigen Kollegin: „Ich hasse Ausländer.“ Im Zusammenhang mit der Flüchtlingskrise soll er den Satz fallen gelassen haben: „Die Arbeitslager stehen doch noch, nur die Gasanlagen müssen wieder in Betrieb genommen werden.“ Gegen die fristlose Kündigung klagte der Mann. Er räumte zwar ein, „ich hasse

Ausländer“ zu seiner Kollegin gesagt zu haben, dies bedauere er jedoch. Auch den Satz mit den Konzentrationslagern habe er so ähnlich gesagt. Das sei aber nicht seine Meinung, er habe nur ein Kneipengespräch wiedergegeben. Das Ministerium hielt das für eine Ausrede. Ihn weiterzubeschäftigen sei auch deshalb unzumutbar, weil es für die Prävention von Fremdenfeindlichkeit zuständig ist. Das Berliner Arbeitsgericht entschied jedoch, dass eine Abmahnung ausgereicht hätte. Der Mann müsse auf seiner alten Stelle weiterbeschäftigt werden. Das Ministerium hat nun Berufung eingelegt. Weder der Anwalt des Chauffeurs noch das Ministerium wollten sich auf Anfrage äußern. **sve, wow**

Unterhaltsvorschuss Halb so viele

Von der geplanten Neuregelung des Unterhaltsvorschusses werden weniger Kinder als gedacht profitieren. Das zeigen die Antworten des Bundesfamilienministeriums auf Schriftliche Anfragen der Linken. So rechnete das Ministerium im November noch damit, dass 260 000 Kinder mehr als zuvor einen Anspruch hätten. Nach dem Kompromiss von Bund und Ländern ist die Zahl auf „schätzungsweise etwa 121 000 Kinder“ gesunken, wie es in einer Antwort von

dieser Woche heißt. Den Vorschuss erhalten Alleinerziehende, wenn der andere Elternteil seinen Unterhaltspflichten nicht nachkommt. Die Länder hatten die Reform blockiert, da sie für die Kosten nicht aufkommen wollten. Der Unterhalt für ältere Kinder entfällt nun, wenn etwa der Alleinerziehende Hartz IV bezieht und mehr als 600 Euro im Monat verdient. Jörn Wunderlich, familienpolitischer Sprecher der Linken, will diese Einschränkung im parlamentarischen Verfahren kippen. Die Einkommensgrenze von 600 Euro sei „willkürlich“. **akm**

Parlamente Fast verdoppelt

Die Reform der Abgeordnetenbezüge im baden-württembergischen Landtag stößt auf Kritik. Die Fraktionen von Grünen, CDU, SPD und FDP wollen unter anderem die steuerfreie Kostenpauschale, die jedem Abgeordneten zusteht, von 1548 auf 2160 Euro pro Monat erhöhen. Zudem soll das Budget für Mitarbeiter von 5409 auf

10 438 Euro fast verdoppelt werden. Letzteres wertet der Verwaltungswissenschaftler Hans Herbert von Arnim als „heimliche zusätzliche staatliche Parteienfinanzierung“, da die Mitarbeiter großteils Parteiarbeit erledigten. Durch die Kostenpauschale erzielten die Abgeordneten zusätzliches „Einkommen auf verdeckte Weise“ – Fahrten und Übernachtungen dürfen sie ohnehin abrechnen. **fri**